

Die Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen e.V. (unternehmer nrw) ist der Zusammenschluss von 129 Verbänden mit 80.000 Betrieben und drei Millionen Beschäftigten. unternehmer nrw ist Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und vertritt die Interessen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI) als dessen Landesvertretung.

26.11.2025

Im Rahmen der Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie am 2. Dezember 2025 zum Antrag der Fraktion der SPD „NRW muss funktionieren – die Chemieregion Europas stärken, Standortbedingungen verbessern, Wohlstand der Zukunft schaffen“ (Drucksache 18/15581)

Vorbemerkung

Nordrhein-Westfalen kann die großen Herausforderungen unserer Zeit nur mit einer starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaft bewältigen. Hierfür ist zuallererst entscheidend, dass unser Land auch in Zukunft über vollständige industrielle Wertschöpfungsketten verfügt. Die chemische Industrie ist ein unverzichtbarer und zentraler Bestandteil des industriellen Fundamentes in Nordrhein-Westfalen und trägt seit mehr als 100 Jahren entscheidend zur wirtschaftlichen Stärke und Wettbewerbsfähigkeit des Landes bei.

Mit einem jährlichen Umsatz von rund 61 Milliarden Euro und mehr als 120.000 Beschäftigten zeigt die chemische Industrie ihre zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Bundesland. Als eines der bedeutendsten industriellen Kernsegmente gewährleistet die Chemiebranche nicht nur Arbeitsplätze und Wohlstand, sondern bildet auch die Grundlage für die Wertschöpfung in zahlreichen anderen Industriezweigen – von der Automobil- bis zur Pharmaindustrie. Umso mehr gibt die aktuelle Lage der chemischen Industrie Anlass zur massiven Sorge. Mit einer aktuellen Produktionsanlagenauslastung von 70% liegt die chemische Industrie branchenweit deutlich unter der Rentabilitätsschwelle. Da auch im Ausblick unter den jetzigen Rahmenbedingungen kein deutlicher Aufschwung absehbar ist, sind der beginnende Abbau von Produktionskapazitäten und der damit verbundenen Beschäftigung eine unausweichliche Folge. Der Wirtschaftspresse sind derzeit regelmäßig Meldungen über Anlagenschließungen sowie Verkaufsabsichten zu entnehmen. Aus Sicht der gesamten Wirtschaft darf sich hieraus keine Kettenreaktion in der eng vernetzten chemischen Industrie sowie in der gesamten industriellen Wertschöpfungskette ergeben. Durch entschlossenes Handeln

müssen daher dringend alle Möglichkeiten genutzt werden, die Wettbewerbsfähigkeit unserer industriellen Kerne wiederherzustellen.

Wir begrüßen es daher, dass sowohl der Landtag – bspw. mit dem vorliegenden Antrag- als auch die Landesregierung – insb. mit dem jüngst vorgestellten Chemie- und Raffineriepakt- die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie intensiv debattiert und daraus unmittelbar konkrete Handlungsansätze ableitet. Dies ist für die Industrie insgesamt und in besonderem Maße für Schlüsselbranchen, zu denen die chemische Industrie zählt nötig und wichtig. Denn die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und Industrie gehört auf allen politischen Ebenen ins Zentrum der politischen Agenda. Wir brauchen schnelles und entschlossenes Handeln, um die Unternehmen am Standort zu halten und sie zu motivieren, hier in die Zukunft zu investieren, damit sichere Arbeitsplätze und Wohlstand bewahrt und weiterentwickelt werden können.

Der Antrag der SPD-Landtagsfraktion greift für den Chemie-, Wirtschafts- und Industriestandort wichtige Punkte auf und ergänzt diese um weitere Vorschläge. Einige wesentliche Inhalte des Antrags wären bei Beschluss und Umsetzung geeignet, die Position der Chemie in NRW zu verbessern. Dies gilt insbesondere mit Blick auf den im Antrag geforderten und zwischenzeitlich von der Bundesregierung angekündigten Industriestrompreis.

Herausforderungen und Chancen für die chemische Industrie in NRW

Die chemische Industrie steht vor zahlreichen Herausforderungen, die aktuell wesentliche Teile des Bestands und damit auch die Zukunftsfähigkeit dieser Schlüsselbranche gefährden. Folgende Punkte müssen durch entschlossenes politisches Handeln adressiert und mit einem klaren Fokus auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden:

Wettbewerbsfähige Energiekosten und Versorgungssicherheit

Die chemische Industrie ist auf eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung angewiesen, um konkurrenzfähig zu bleiben – insbesondere angesichts der hohen Energieintensität vieler chemischer Prozesse. Nur mit international konkurrenzfähigen Energiepreisen wird es gelingen, dauerhafte Produktionsverlagerungen ins Ausland und Arbeitsplatzverluste an den heimischen Standorten zu verhindern. Die Einführung des im Antrag geforderten Industriestrompreises ist dringend notwendig. Die entsprechenden Ankündigungen der Bundesregierung gehen klar in diese richtige Richtung. Wichtig ist, dass dieses Instrument nun auch schnellstmöglich umgesetzt wird. Die im Antrag geforderte Entlastung für bis zu 80% des Stromverbrauchs wäre eine richtige und deutlich weitergehende Entlastung der energieintensiven Industrien, jedoch bräuchte es hierfür eine Anpassung des europäischen Beihilferahmens. Bund und Land sind gefordert, vor dem Hintergrund der extrem herausfordernden Lage in den energieintensiven Industrien, ggü. der europäischen Kommission für deutliche Verbesserungen am beihilferechtlichen Rahmen zu werben. Dies ist absolut entscheidend, um die Stromkosten auf ein im internationalen Vergleich

tragbares Niveau zurückzuführen. Für langfristig wettbewerbsfähige Stromkosten braucht es weiterhin den engagierten Ausbau der Erneuerbaren sowie deutliche Beschleunigungen beim Netzausbau. Um die Verlässlichkeit der Stromversorgung zu gewährleisten, braucht es umgehend die Ausschreibung ausreichender Kapazitäten für wasserstofffähige Back-Up-Gaskraftwerke und die konsequente Genehmigung der Vorhaben durch das Land und die ihm unterstellten Genehmigungsbehörden. Abschließend ist es notwendig, den europäischen Emissionshandel intensiv in den Blick zu nehmen, ihn auf seine Wirksamkeit sowie die Folgen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu überprüfen. Unsere Industrien brauchen dringend ein Level-Playing-Field im Wettbewerb mit den wesentlichen globalen Wettbewerbern. Ein EU-Emissionshandel der dazu führt, dass Industrieanlagen aus der EU in andere Teile der Erde verlagert werden, sichert weder Wohlstand und Beschäftigung in der EU noch trägt es zum Klimaschutz als globale Aufgabe bei. Mit dem Industriepakt adressiert die Landesregierung richtigerweise dieses Problem und identifiziert Lösungen. Wichtig ist, den Emissionshandel ebenso im Kontext des gesamten industriellen Verbunds zu analysieren und notwendige Reformvorschläge auf Bundes- und Europaebene einzubringen.

Planungs- und Genehmigungsverfahren

Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren verzögern Investitionen und Innovationsprozesse erheblich und können diese gänzlich verhindern. Dies hemmt die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an die sich schnell verändernden Marktbedingungen. Die spürbare praxisnahe Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozesse ist daher unerlässlich. Dies gilt in besonderem Maße für die chemische Industrie, mit ihren häufig hochkomplexen Anlagen. Es ist zu begrüßen, dass dieser Punkt im Antrag klar adressiert wird. Welche Vorteile durch eine zentrale Genehmigungsbehörde für die chemische Industrie zu erzielen wären, ist nicht verlässlich abzuschätzen. Wir setzen uns stattdessen für eine umfassende Reform der Verwaltungsverfahren insgesamt ein, um die bürokratischen Hemmnisse für Investitionen an bestehenden Standorten sowie für Neuansiedlungen zu beseitigen. Hier besteht auf allen politischen Ebenen weiterhin ein Umsetzungsdefizit, da der Aufbau zusätzlicher Bürokratiekumulativ die bisher erreichten Entbürokratisierungsfortschritte überwiegt. Die Potentiale der Digitalisierung müssen noch deutlich konsequenter genutzt werden, auch um den Folgen des demografischen Wandels in den Genehmigungs- und Überwachungsbehörden intelligent zu begegnen.

Erhalt und Ausbau der Infrastruktur

Der Zustand der für die Industrie insgesamt und die chemische Industrie im Besonderen relevanten Infrastrukturträger ist seit langem nicht zufriedenstellend und muss schnellstmöglich sowie umfassend verbessert werden. Die Sicherstellung einer effizienten Logistik von Wasserstraßen und Pipelines bis zu Schienen und Straßen sind für die chemische Industrie und alle weiteren Industrien die Massengüter transportieren von existentieller Bedeutung. Mit Blick auf die Umsetzung des Sondervermögens des Bundes muss einerseits sichergestellt werden, dass die Mittel als zusätzliche Maßnahmen dort ankommen, wo sie aus

Sicht des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen besonders dringend benötigt werden. Es ist andererseits mit Blick auf unsere heimische Industrie notwendig, dass das Sondervermögen auch für Investitionen in die marode Wasserstraßeninfrastruktur geöffnet wird. Diese Investitionen sind dringend überfällig, wie durch Sperrungen von Schleusen immer wieder deutlich wird. Im Ausschluss der Wasserstraßen aus dem Sondervermögen liegt ein klares Defizit, das durch eine Nachbesserung auf Bundesebene behoben werden muss. Damit die klimaneutrale Transformation gelingt, ist die chemische Industrie zudem besonders auf die Planung und Errichtung von Infrastrukturen für Wasserstoff sowie CO₂ angewiesen. Es ist zu begrüßen, dass diese Punkte im Antrag explizit aufgegriffen werden. Hier braucht es eine entschlossene Umsetzung dieser neuen Technologien getragen durch einen möglichst breiten politischen Konsens.

Fazit: NRW als zukunftsfähigen Industriestandort sichern

Die chemische Industrie ist für den Bestand und insbesondere den Erfolg des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft unverzichtbar. Die Sicherstellung ihrer Wettbewerbsfähigkeit ist daher von entscheidender Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Um diese Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, müssen gezielte politische Maßnahmen ergriffen werden, die die Branche in ihrer Transformation unterstützen und ein Bestehen im internationalen Wettbewerb kurz-, mittel- und langfristig zu ermöglichen. Dabei spielen die Sicherstellung einer nachhaltigen und bezahlbaren Energieversorgung, eine Reform der Genehmigungsprozesse sowie die Förderung der Infrastruktur eine entscheidende Rolle.

Der nordrhein-westfälische Landtag und die Landesregierung sind gemeinsam gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die chemische Industrie als wichtigen Pfeiler der Wirtschaft des Landes zu erhalten und NRW als zukunftsfähigen Industriestandort weiterzuentwickeln.